



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

A-Post

Bundesamt für Energie BFE
3003 Bern

Zug, 11. Juni 2024 sa

**Abkommen über Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung zwischen der Schweiz, Deutschland und Italien
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF die Kantonsregierungen eingeladen, zum Einbezug der Schweiz in das Solidaritätsabkommen zwischen Deutschland und Italien Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit und äussern uns gerne wie folgt:

Der vorliegende Entwurf umfasst das Abkommen sowie die zur Umsetzung notwendigen Verpflichtungskredite in Form von Bundesbeschlüssen. Das Abkommen über Solidaritätsmassnahmen tritt in Kraft, wenn es zu einer schwerer Gasversorgungsmangellage kommt, um die Gasversorgung von durch Solidarität geschützten Kundinnen und Kunden sicherzustellen. Es gewährleistet, dass die Schweiz auf die Solidarität von Deutschland und Italien zählen darf. Im Gegenzug verpflichtet sich die Schweiz, diese beiden Länder ebenfalls zu unterstützen.

Der Zuger Regierungsrat begrüsst die Bestrebungen des Bundesrats zur Stärkung einer sicheren Gasversorgung in einer schweren Mangellage durch Solidaritätsmassnahmen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Seite 2/2

Versand per E-Mail an:

- gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdirektion, info.vds@zg.ch
- Baudirektion, info.bds@zg.ch
- Amt für Umwelt, info.afu@zg.ch